

Volksbank Herford-Mindener Land eG

# Lagebericht Mittelstand

Frühjahr 2024

## Übersicht über die Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland

### Rückblick auf das Jahr 2023

#### Leichter Rückgang der Wirtschaftsleistung

Im Jahr 2023 beeinträchtigten die Spätfolgen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine und der Coronapandemie die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands. Wegen dieser Belastungen sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 %, nachdem es 2022 noch merklich zugelegt hatte (+1,8 %). Die Inflationsrate verminderte sich zwar von 6,9 % im Jahresdurchschnitt 2022 auf 5,9 % 2023. Der Preisauftrieb blieb damit aber weiterhin ausgesprochen hoch.

#### Dämpfende Einflüsse überlagern sich

Die bereits Ende 2022 im Zuge des Ukrainekriegs eingetretene wirtschaftliche Schwächephase dauerte im Wesentlichen das gesamte Jahr 2023 an. Dabei überlagerten sich die dämpfenden Einflüsse vielfach. Die bis ins Frühjahr bestehenden Hoffnungen auf eine konjunkturelle Erholung erfüllten sich nicht. Zu Jahresbeginn wurde die Konjunktur vor allem durch die nur langsam schwindenden Belastungen durch die hohe Inflation, die Materialengpässe und die teilweise noch bestehenden Coronaschutzmaßnahmen gedämpft. Im weiteren Jahresverlauf belasteten dann verstärkt die von den westlichen Notenbanken in Reaktion auf die Inflation vorgenommenen kräftigen Leitzinsanhebungen die wirtschaftliche Situation in Deutschland und weltweit. Überlagert wurden diese Einflüsse auch von dem andauernden Arbeits- und Fachkräftemangel hierzulande und den hohen Unsicherheiten, beispielsweise über die Folgen des Ende 2023 eskalierenden Nahostkonflikts und den wirtschaftspolitischen Kurs in Deutschland nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts im November. In Reaktion auf das Urteil musste die Bundesregierung zum Jahresende in ihrer Finanzplanung deutliche Kürzungen und Einsparungen vornehmen.

#### Inflation hemmt den Privatkonsum

Nach einem durch die Erholung von der Coronakrise getriebenen kräftigen Zuwachs im Vorjahr um 3,9 % gingen die privaten Konsumausgaben 2023 preisbereinigt um 0,8 % zurück. Hauptgrund war der kräftige Anstieg der Verbraucherpreise, der die Kaufkraft der Einkommen vieler Haushalte deutlich dämpfte. Vor allem in Bereichen, in denen die Preise auf dem hohen Stand des Vorjahres verharrten oder sogar weiter zulegten, kam es zu rückläufigen Ausgaben. Die Privathaushalte gaben insbesondere für Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgeräte (-6,2 %) sowie Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (-4,5 %) erheblich weniger aus, trotz der vielfach deutlichen Lohn- und Gehaltssteigerungen und der insgesamt robusten Arbeitsmarktlage. Die staatlichen Konsumausgaben verminderten sich mit dem Wegfall von pandemiebedingten Sonderausgaben ebenfalls. Der Staatskonsum, der 2022 noch um 1,6 % gestiegen war, sank um deutliche 1,7 %. Insgesamt trugen die Konsumausgaben mit einem Beitrag von -0,8 Prozentpunkten wesentlich zum Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts bei.

### **Gespaltene Investitionskonjunktur**

Ähnlich wie bereits im Vorjahr zeigte sich die Investitionskonjunktur gespalten. Einerseits legten die Investitionen in Ausrüstungen wie Fahrzeuge und Maschinen erneut zu, wenn auch schwächer als 2022 (+3,0 % nach +4,0 %). Hier stützen die abnehmenden Lieferengpässe die Entwicklung, die eine sukzessive Abarbeitung der aufgestauten Auftragsbestände ermöglichen. Andererseits gaben die Bauinvestitionen, die im Vorjahr um 1,8 % gesunken waren, abermals nach. Sie wurden noch stärker als die Ausrüstungsinvestitionen durch die rasant steigenden Leitzinsen ausgebremst und verminderten sich, trotz eines witterungsbedingt günstigen Jahresauftakts, um 2,1 %. Neben dem zinsbedingten Nachfragerückgang, von dem der Wohnungsbau noch stärker als der Gewerbebau betroffen war, belastete die nur langsam nachlassende Baupreisdynamik das Investitionsgeschehen. Alles in allem gingen von den Bruttoanlageinvestitionen kaum Impulse für das preisbereinigte Wirtschaftswachstum aus.

### **Schwacher Außenhandel**

Der grenzüberschreitende Handel der deutschen Wirtschaft konnte 2023 nicht an die deutlichen Zuwächse während der Erholung von der Coronakrise im Jahr 2022 anknüpfen. Sowohl die Exporte als auch die Importe sanken um 1,8 % beziehungsweise 3,0 %, nachdem sie im Vorjahr noch um 3,3 % und 6,6 % gestiegen waren. Maßgeblich für den Rückgang des Exportgeschäfts war die im Jahresverlauf schwächer werdende weltwirtschaftliche Gangart. Zudem belasteten die hohen inländischen Energiekosten die deutschen Exportunternehmen, insbesondere in den energieintensiven Produktionsbereichen wie der chemischen Industrie. Dämpfend auf die Importe wirkte wiederum die schwache inländische Produktions- und Konsumentwicklung. Da die Importe jedoch stärker sanken als die Exporte, wirkte der Außenhandel als Ganzes rechnerisch mit einem Wachstumsbeitrag von +0,6 Prozentpunkten dem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts entgegen.

### **Niedrigeres Finanzierungsdefizit des Staates**

Die staatlichen Einnahmen expandierten 2023 mehr als die Ausgaben. Befördert wurde das Einnahmenwachstum vor allem durch steigende Sozialbeiträge und höhere Verkaufserlöse, unter anderem aus Anhebungen von städtischen Gebühren und von Eintrittsgeldern für öffentliche Einrichtungen. Stärkste Treiber des Ausgabenwachstums waren Anpassungen bei den Renten und Pensionen sowie höhere Zinsaufwendungen. Hinzu kamen umfangreiche Mehrausgaben zur Abmilderung der Energiekrise, wie die Zahlungen für die Gas-, Fernwärme- und Strompreisbremsen der Bundesregierung. Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit gab in Relation zum nominal kräftig gestiegenen Bruttoinlandsprodukt leicht von 2,5 % im Vorjahr auf 2,0 % nach. Die staatliche Schuldenquote, die 2022 noch bei 66,1 % lag, dürfte auf rund 65 % gesunken sein. Erste amtliche Angaben zur Schuldenquote im Jahr 2023 werden voraussichtlich Ende April 2024 veröffentlicht.

### **Robuste Arbeitsmarktlage**

Trotz der allgemeinen Konjunkturschwäche blieb der Arbeitsmarkt in einer soliden Grundverfassung. Zwar stieg die Arbeitslosenzahl in der Statistik, auch wegen der verstärkten Erfassung Geflüchteter, von 2,4 Millionen Menschen im Vorjahr auf 2,6 Millionen Menschen. Die Arbeits-

losenquote befand sich mit 5,7 % aber nach wie vor auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau und nur leicht über dem Stand von 2022 (+5,3 %). Zudem hielt der Beschäftigungsaufbau an. Die Erwerbstätigenzahl kletterte im Vorjahresvergleich um rund 300.000 auf einen neuen Rekordwert von gut 45,9 Millionen Menschen.

### **Inflationsrate nach Höchststand etwas gesunken**

Nachdem die jährliche Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex 2022 mit 6,9 % den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht hatte, ging sie 2023 etwas zurück. Im Jahresdurchschnitt lag die Inflationsrate bei 5,9 %, wobei die Monatswerte einen klar rückläufigen Trend zeigten. So ist die Inflationsrate ausgehend von den im Januar und Februar mit jeweils 8,7 % markierten Maximalwerten bis November und Dezember auf Jahrestiefstände von 3,2 % und 3,7 % gefallen. Generell haben sich die Triebkräfte der Inflation verschoben, weg von den Importpreisen hin zur Binnenteuerung. Verantwortlich für den Rückgang der Gesamtteuerung war in erster Linie der nachlassende Preisanstieg bei Energie. Angesichts staatlicher Entlastungsmaßnahmen und rückläufiger Notierungen für Energieträger verteuerten sich Energieprodukte 2023 um unterdurchschnittliche 5,3 %, nach einem enormen Anstieg um 29,7 % im Vorjahr. Bei Nahrungsmitteln hielt hingegen der hohe Preisauftrieb nahezu ungebrems an. Sie verteuerten sich um 12,4 %, nach einer Erhöhung um 13,4 % im Vorjahr. Das Investitionsklima insgesamt war durch enorme Preiserhöhungen, Personal- und Materialengpässe, eingetrübte Ertragsaussichten, weniger günstige Finanzierungsbedingungen sowie generelle Unsicherheiten belastet. Insgesamt stagnierten die Bruttoanlageinvestitionen, nachdem sie im Vorjahr noch bedeutsam zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beigetragen hatten.

Quelle: „Übersicht über die Entwicklung der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland sowie an den Finanzmärkten im Jahr 2023“ - BVR - 24.01.2024

## Unternehmensbefragung der Volksbank Herford-Mindener Land eG

### Strukturmerkmale der befragten Unternehmen<sup>1</sup>

Die Volksbank Herford-Mindener Land eG führt seit 1994 bei den mittelständischen Unternehmen ihres Geschäftsgebietes eine Befragung zur wirtschaftlichen Entwicklung und den Erwartungen für die Zukunft durch. Die an der aktuellen Online-Befragung zwischen dem 26. Februar und dem 24. März 2024 beteiligten 216 Unternehmen verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Wirtschaftszweige, Betriebsgrößen- und Umsatzklassen<sup>1</sup>:

#### Wirtschaftszweige

|                        |      |
|------------------------|------|
| Verarbeitendes Gewerbe | 24 % |
| Bau- und Ausbaugewerbe | 22 % |
| Handel                 | 20 % |
| Dienstleistungsgewerbe | 34 % |

#### Betriebsgrößenklassen

|                          |      |
|--------------------------|------|
| 1-20 Mitarbeiter         | 83 % |
| 21-50 Mitarbeiter        | 8 %  |
| 51-100 Mitarbeiter       | 3 %  |
| 101 und mehr Mitarbeiter | 7 %  |

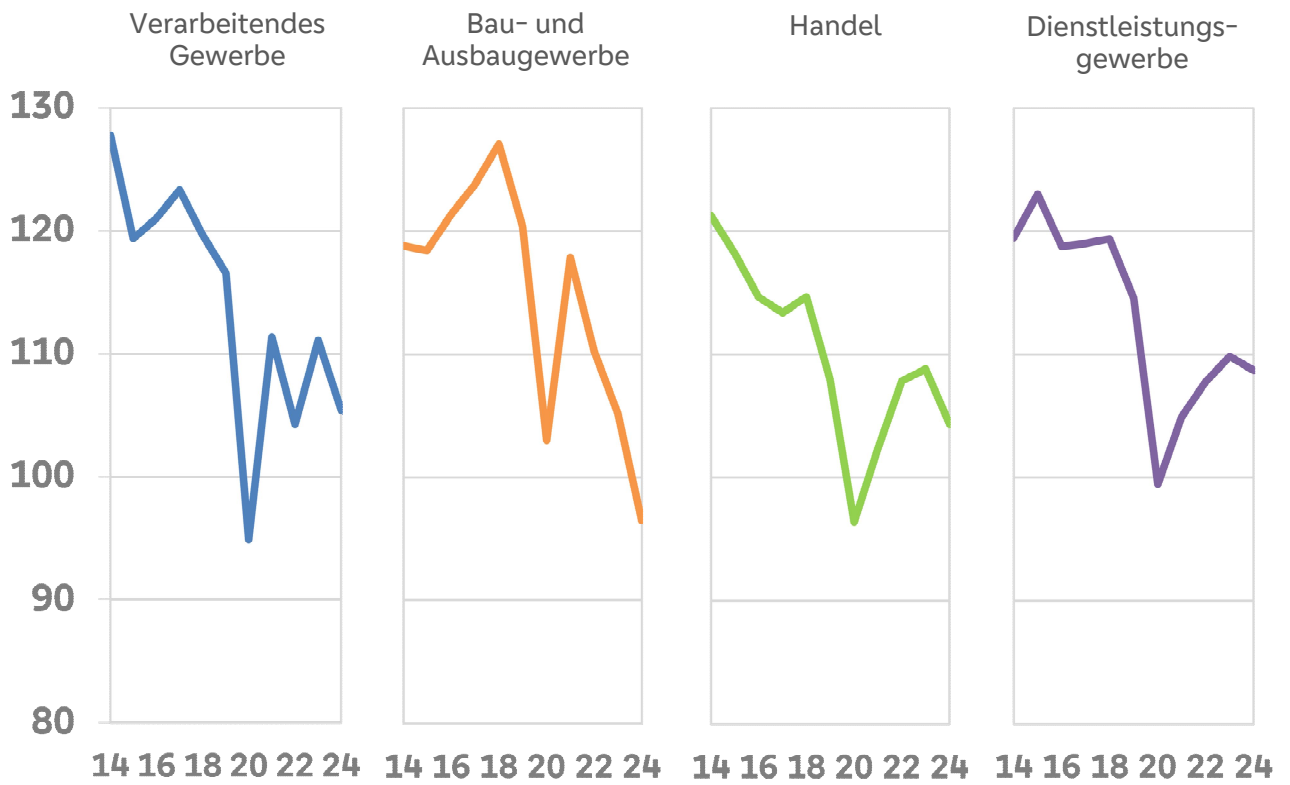
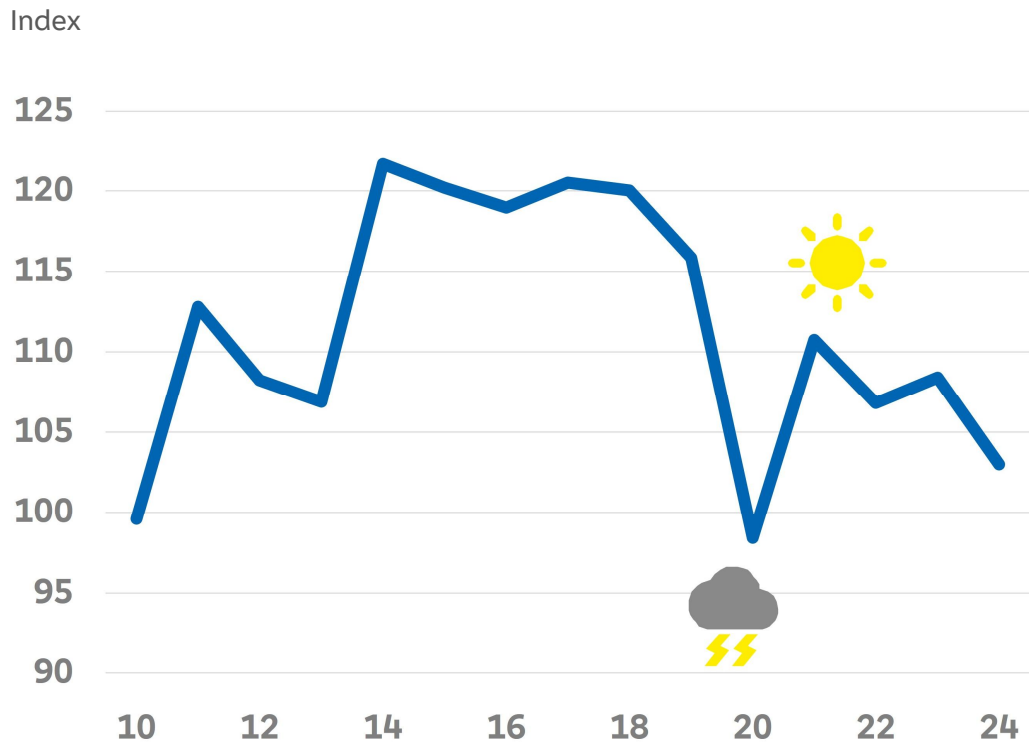
#### Umsatzklassen

|                           |      |
|---------------------------|------|
| bis unter 500.000 Euro    | 38 % |
| 500.000 bis 2,5 Mio. Euro | 36 % |
| 2,5 bis 5 Mio. Euro       | 12 % |
| 5 bis 10 Mio. Euro        | 4 %  |
| 10 bis 25 Mio. Euro       | 3 %  |
| 25 Mio. Euro und mehr     | 5 %  |

---

<sup>1</sup> Zu beachten ist, dass in diesem Lagebericht alle Anteile ohne Nachkommastellen angegeben werden. Daher kann es durch Rundungen dazu kommen, dass die jeweiligen Anteile in Summe nicht immer 100 % ergeben.

### Stimmungsbarometer Mittelstand



## Lagebericht Mittelstand im Frühjahr 2024

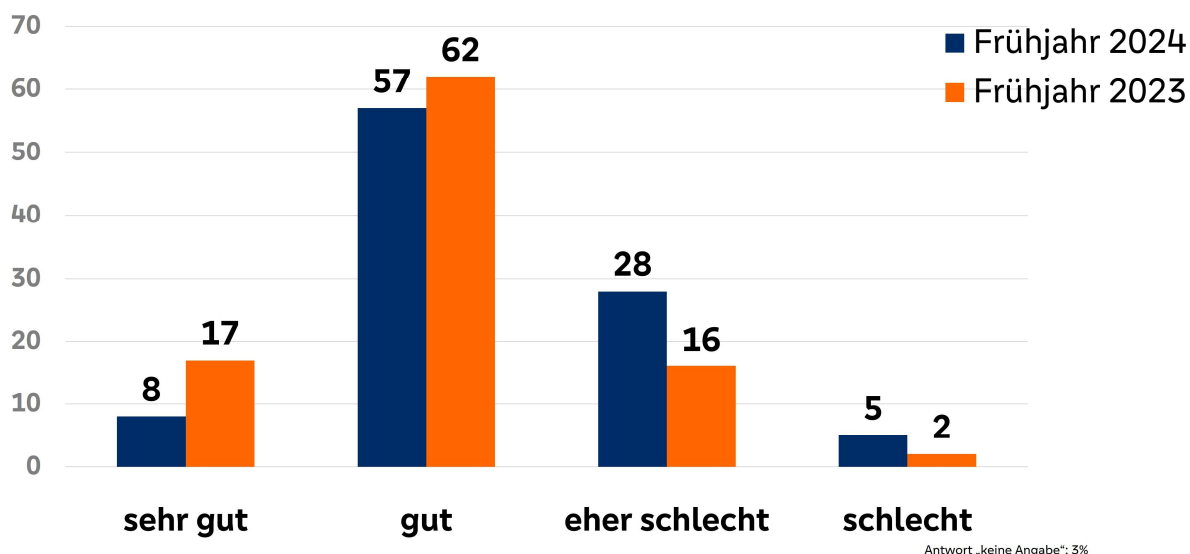
Wachsende Belastungen wie steigende Kosten, Bürokratie und Arbeitskräftemangel angesichts des demografischen Wandels drücken auch im Frühjahr 2024 auf die Stimmung des ost-westfälischen Mittelstandes. Die wirtschaftlichen Unsicherheiten angesichts zahlreicher Krisen wie dem russischen Krieg in der Ukraine und dem Nahostkonflikt sowie die Auswirkungen der zuletzt hohen Inflation und der rasant gestiegenen Zinsen schlagen sich ebenso im Stimmungsbarometer des heimischen Mittelstands nieder. Hierin werden die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage und die Erwartungen für die Zukunft zusammengefasst.

### Index insgesamt verschlechtert

Der Rekordstand des Jahres 2014 mit 121,7 Index-Punkten liegt dabei derzeit in weiter Ferne. Das massive Stimmungstief von 98,4 Punkten bei den mittelständischen Unternehmen aus dem ersten Coronajahr 2020 war zwar im vergangenen Jahr einem vorsichtigen Optimismus gewichen. So hatte sich der Gesamtindex von 105,8 in 2022 auf 108,4 in 2023 verbessert. In diesem Jahr ist jedoch erneut ein deutlicher Rückgang des Stimmungsbarometers in der heimischen mittelständischen Wirtschaft auf 103,0 Punkte zu beobachten. Dabei wird die erwartete Geschäftslage für die folgenden sechs Monate insgesamt kaum positiver bewertet als noch vor einem Jahr.

In der aktuellen Befragung sehen sich nur noch 8 % der befragten Unternehmen in einer „sehr guten“ geschäftlichen Lage (2023: 17 %). Zu den 57 %, die die Note „gut“ vergeben, kommen 28 % hinzu, die ihre Lage sogar als „eher schlecht“ bewerten. Vor einem Jahr lagen die entsprechenden Anteile bei 62 % („gut“) beziehungsweise 16 % („eher schlecht“). Insgesamt 5 % der Unternehmen sehen sich in einer schlechten Position. 2023 waren es nur 2 % der befragten Unternehmen.

### Beurteilung der aktuellen Geschäftslage



### **Stimmung im Baugewerbe verschlechtert sich deutlich**

Das insgesamt eingetrübte Stimmungsbild der mittelständischen Wirtschaft lässt sich grundsätzlich auch in den einzelnen Wirtschaftszweigen wiederfinden, auch wenn hier die Entwicklung etwas differenzierter verlief. Der Stimmungsbildindex für das Bau- und Ausbaugewerbe hat sich im Vergleich zum Vorjahreswert auch aufgrund der stark gestiegenen Bauzinsen, des Materialmangels und der allgemeinen Kostensteigerungen deutlich verschlechtert und weist mit 96,5 (2023: 105,1) den niedrigsten Wert aller dargestellten Wirtschaftszweige auf. Es ist zugleich die einzige Branche, deren Index in diesem Jahr deutlich unter die 100er-Marke gefallen ist.

Auffällig ist hier, dass der Stimmungsbildindex im Baugewerbe noch im Vorjahr deutlich näher an den Wirtschaftsbereichen Handel (2023: 108,8), Dienstleistungsgewerbe (2023: 109,9) und Verarbeitendes Gewerbe (2023: 111,1) lag. In sämtlichen Branchen ist ein Rückgang des Stimmungsbildindex zu verzeichnen. Im Dienstleistungsgewerbe nur um rund einen Punkt auf 108,7, im Handel um mehr als vier Punkte auf 104,3. Stärker ist der Stimmungsbildindex im Verarbeitenden Gewerbe gesunken – nämlich um 5,7 Punkte auf 105,4. Am stärksten ist der Rückgang jedoch wie bereits erwähnt im Bau- und Ausbaugewerbe, wo der Index um 8,6 Punkte auf nun 96,5 Punkte nachgelassen hat.

Insgesamt fällt die Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und Größenklassen unterschiedlich aus. Während im Verarbeitenden Gewerbe nur 2 % der Befragten die aktuelle Wirtschaftslage als „schlecht“ bezeichnet (2023: 0 %), 22 % als „eher schlecht“ (2023: 17 %), 67 % als „gut“ (2023: 77 %) und 7 % als „sehr gut“ (2023: 6 %), ist bei den Unternehmen im Bau- und Ausbaugewerbe ein deutlicher Stimmungsumschwung zu verzeichnen. So fällt die Zahl der Unternehmen im Bau- und Ausbaugewerbe merklich auf 7 %, die ihre Lage als „sehr gut“ einschätzen (2023: 16 %). Immerhin 55 % schätzen hier ihre Lage jedoch noch immer als „gut“ ein (2023: 64 %). Als „eher schlecht“ bezeichnen 29 % (2023: 18 %) der Unternehmen im Bau- und Ausbaugewerbe ihre Lage. Als „schlecht“ schätzte noch vor zwei Jahren zu Zeiten deutlich niedrigerer Baufinanzierungszinsen kein einziges der befragten Unternehmen dieser Branche seine wirtschaftliche Lage ein. In diesem Jahr sind dies immerhin 5 % (2023: 2 %). Weitere 5 % der Bauunternehmen machte gar keine Angaben zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage.

Weniger von allgemeinen Kostensteigerungen und Lieferkettenproblemen betroffen ist das Dienstleistungsgewerbe. Hier beurteilen immerhin noch 13 % der Befragten ihre Lage als „sehr gut“ (2023: 22 %), 58 % als „gut“ (2023: 60 %), aber auch 25 % als „eher schlecht“ (2023: 10 %) und 5 % als „schlecht“ (2023: 2 %). Im Handel ist ein deutlicher Rückgang der Unternehmen zu verzeichnen, die ihre Lage als „sehr gut“ einschätzen. Waren dies 2023 noch 18 Prozent der befragten Handelsunternehmen, sind es 2024 nur noch 5 %. Als „gut“ schätzen in dieser Branche immerhin noch 54 % der Unternehmen ihre Lage ein (2023: 58 %). 35 % sehen ihre Lage als „eher schlecht“ (2023: 22 %). 3 % schätzen die aktuelle Geschäftslage als „schlecht“ ein (2023: 0 %). 3 % der Handelsunternehmen machte hierzu keine Angaben.



### **Ausblick verhalten optimistisch**

Dem weiteren Jahresverlauf wird von den Unternehmen aus dem Geschäftsgebiet der Volksbank Herford-Mindener Land eG mit verhaltenem Optimismus entgegengesehen. Nur noch 19 % Prozent der befragten Unternehmen gehen von einer Verschlechterung ihrer Geschäftslage in den nächsten sechs Monaten aus (2023: 21 %). Entgegen der Befragung des Vorjahres vermuten sogar 29 % der Unternehmen, dass sich die Geschäftslage in den kommenden sechs Monaten etwas verbessern wird (2023: 26 %). Weitere 5 % erwarten gar eine starke Verbesserung (2023: 6 %). Die Einschätzung einer weitgehend unveränderten Geschäftslage in den kommenden Monaten durch 43 % der Befragten (2023: 42 %) unterstreicht diesen verhaltenen Optimismus. Eine leichte Verschlechterung prognostizieren nur noch 14 % der Unternehmen, was im Vergleich zum Vorjahr (20 %) einen deutlichen Rückgang darstellt, während jedoch rund 5 % der Unternehmen schätzt, dass sich die Geschäftslage stark verschlechtert. Dieser Wert lag in 2022 noch bei nur 1 %.

Im Handel sind die Zukunftserwartungen für die nächsten sechs Monate vorwiegend von Kontinuität geprägt. Hier erwarten zwar 8 % der befragten Unternehmen eine starke Verbesserung der Geschäftslage (2023: 12 %). 27 % erwarten eine leichte Verbesserung (2023: 28 %). Die deutliche Mehrheit von 59 % der Befragten im Handel gehen von einer gleichbleibenden wirtschaftlichen Lage aus (2023: 36 %). Eine Verschlechterung erwarten nur noch 6 % der Befragten im Handel (2023: 22 %). Dabei gehen 3 % von einer etwas verschlechterten und 3 % von einer stark verschlechterten Lage aus.

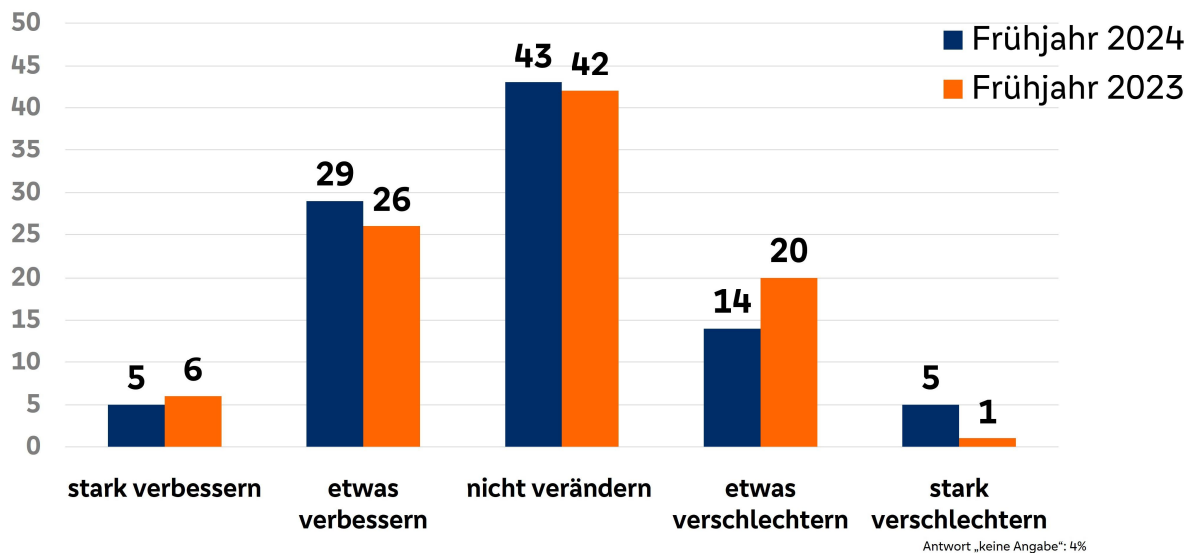
Der größte Optimismus herrscht noch im Dienstleistungsgewerbe. Hier erwarten insgesamt 42 % eine verbesserte Geschäftslage in den kommenden sechs Monaten. 39 % sagen, dass sich die Lage etwas verbessern wird (2023: 23 %), 3 % gehen von einer starken Verbesserung aus (2023: 5 %). Nur 13 % rechnen mit einer leichten Verschlechterung der Geschäftslage (2023: 18 %). Von einer starken Verschlechterung geht in diesem Jahr keins der befragten Dienstleistungsunternehmen aus (2023: 2 %). 2 % machten hierzu keine Angaben.

Das Verarbeitende Gewerbe sieht den kommenden Monaten zumindest verhalten optimistisch entgegen, wenngleich auch der Anteil der pessimistischen Unternehmen steigt. Mehr als ein Drittel der Unternehmen geht hier davon aus, dass sich die Lage „stark“ (2 %) oder zumindest „etwas“ (33 %) verbessern wird. Im Vorjahr waren dies noch 4 („stark“) bzw. 30 % („etwas“) der Befragten. Weitere 33 % gehen von einer unveränderten Lage im Verarbeitenden Gewerbe aus (2023: 45 %). 20 % prognostizieren eine etwas verschlechterte Lage (2023: 17 %). Von einer starken Verschlechterung gehen 7 % der befragten Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe aus (2023: 0 %). 7 % machten keine Angaben zur erwarteten Entwicklung.

Etwas sorgenvoller sieht das Bau- und Ausbaugewerbe den kommenden Monaten entgegen. Von einer starken Verbesserung der Geschäftslage gehen zwar mittlerweile wieder 7 % der befragten Unternehmen aus (2023: 2 %). Eine leichte Verbesserung erwarten aber nur noch 19 % (2023: 27 %), keine Veränderung erwarten 38 % (2023: 41 %). Eine etwas verschlechterte Geschäftslage erwartet mit 26 % mehr als ein Viertel der befragten Unternehmen im Bau- und

Ausbaugewerbe (2023: 27 %). 10 % erwarten sogar eine starke Verschlechterung. 2023 gingen hiervon nur 4 % der Unternehmen der Baubranche aus.

### Geschäftslage wird sich in den nächsten 6 Monaten



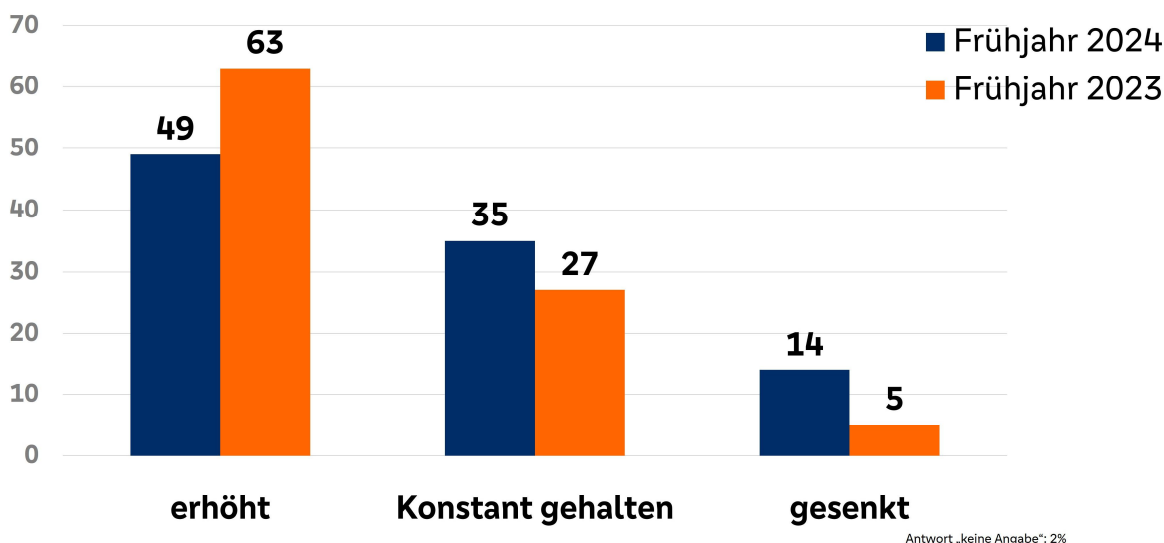
### Steigende Kosten

Die insbesondere nach Beginn des Ukrainekriegs stark gestiegenen Kosten haben alle Branchen betroffen. So berichteten im vergangenen Jahr 88 % aller befragten Unternehmen von gestiegenen Kosten. Die mittlerweile wieder sinkende Inflation schlägt sich aktuell erst langsam und je nach Branche durchaus unterschiedlich nieder. Unter den befragten Unternehmen meldeten in diesem Jahr noch immer insgesamt 77 % gestiegene Kosten in den zurückliegenden sechs Monaten. Lediglich 19 % (2023: 10 %) der Unternehmen konnten sich demnach auf konstante Kosten verlassen. Unternehmen, die gar Kostensenkungen verzeichnen können, stellen mit 3 % (2023: 1 %) die Ausnahme dar. 1 % machte keine Angaben.

Vor allem die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (89 % der befragten Unternehmen dieser Branche) verzeichnen für die vergangenen sechs Monate noch immer einen Kostenanstieg. Zum Vergleich: Im Jahr 2020 waren es nur 44 %, 2023 hatten dann 98 % der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe gestiegene Kosten zu verzeichnen. Im Bau- und Ausbaugewerbe berichten 76 % der Unternehmen von gestiegenen Kosten (2023: 88 %), Im Dienstleistungsgewerbe 77 % (2023: 85 %) und im Handel 68 % (2023: 88 %). Mittelgroße Unternehmen mit 21 bis 50 Beschäftigten sehen sich hierbei noch stärker als andere Betriebe den steigenden Kosten ausgesetzt. Sie führen diese Statistik mit 88 % der Befragten ihrer Größe an.

55 % der Unternehmen (2023: 58 %) rechnen in den kommenden sechs Monaten mit einem weiteren Kostenanstieg. Rund ein Drittel (35 %) erwartet für die nähere Zukunft unveränderte Kosten. Nur 2 % gehen von sinkenden Kosten in der nahen Zukunft aus.

## Entwicklung der Verkaufspreise in den letzten 6 Monaten



### Unternehmen erhöhen mehrheitlich ihre Absatzpreise

Rund die Hälfte (49 %) der befragten Unternehmen im Geschäftsgebiet der Volksbank Herford-Mindener Land eG hat die gestiegenen Kosten in den vergangenen sechs Monaten durch erhöhte Absatzpreise ganz oder teilweise an ihre Kunden weitergegeben (2023: 63 %). Der Anteil der Unternehmen, die ihre Preise konstant gehalten haben, änderte sich gleichzeitig von 27 auf 35 %. Die Preise gesenkt haben 14 % (2023: 5 %). 2 % machten hierzu keine Angaben. Im Verarbeitenden Gewerbe (67 %) und dem Handel (57 %) liegt der Anteil der Unternehmen, die die Preise angehoben haben, dabei etwas höher als im Bau- und Ausbaugewerbe (50 %) und dem Dienstleistungsgewerbe, wo mit 42 % weniger als die Hälfte der befragten Unternehmen ihre Preise erhöht haben.

Im Durchschnitt liegt der Anteil der Unternehmen, die auch im kommenden halben Jahr die Preise weiter anheben wollen, branchenübergreifend bei 34 % (2023: 35 %). 54 % der Unternehmen gehen davon aus, ihre Preise in den kommenden sechs Monaten unverändert zu belassen (2023: 49 %). 7 % gehen von sinkenden Preisen aus (2023: 8 %). 6 % machten keine Angaben.

### Mittelstand investiert verhalten

Die ostwestfälische Wirtschaft steht weiter unter Druck. Zwar haben sich unsere heimischen Unternehmen in den zurückliegenden Jahren trotz der schwierigen Rahmenbedingungen als robust erwiesen. Jedoch haben neben den geopolitischen Spannungen auch die teils noch immer spürbaren Nachwirkungen der Corona-Pandemie, die hohen Energiepreise sowie die wirtschaftspolitischen Unsicherheiten in Deutschland weiter Einfluss auf die Geschäftslage vieler Unternehmen. So hatte die IHK Ostwestfalen zu Bielefeld zuletzt einen Anstieg der Firmensolvenzen in OWL zwischen 2022 und 2023 von etwa 15 % vermeldet. In NRW betrug der Anstieg sogar knapp 21 Prozent. Anzeichen einer Pleitewelle sehe man für Ostwestfalen zwar nicht, jedoch wurden deutlich mehr Tempo bei Entlastungen für die Wirtschaft und Bürokratieabbau angemahnt.

Natürlich hat die aktuelle Lage samt aller damit einhergehenden Unsicherheiten auch Auswirkungen auf die Investitionsneigungen der Unternehmen. So behielt nur knapp die Hälfte (49 %) der mittelständischen Unternehmen ihre Investitionsausgaben im vergangenen halben Jahr unverändert bei. Der Anteil der Unternehmen mit einer steigenden Investitionstätigkeit ist mit 22 % gegenüber dem Vorjahr (24 %) leicht gesunken. 25 % der Unternehmen haben gesunkene Investitionsausgaben zu verzeichnen haben (2023: 15 %).

Dabei zeichnen die Entwicklungen je Branche ein eher ambivalentes Bild: So berichten zwar 31 % der Unternehmen aus dem Dienstleistungsgewerbe von steigenden Investitionen, im Verarbeitenden Gewerbe sind dies nur 11 %. Von sinkenden Investitionsausgaben berichten besonders viele, nämlich 35 %, der Betriebe im Handel und 29 % im Verarbeitenden Gewerbe. Für das nächste halbe Jahr ist mit einem eher mäßigen Investitionsverhalten zu rechnen. So gehen nur 39 % der befragten Unternehmen aller Branchen von weiteren Investitionen in den kommenden sechs Monaten aus. 37 % schließen diese eher aus. 19 % wissen es noch nicht, alle anderen Befragten machen hierzu keine Angaben.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Prozentsatz der investitionsfreudigen Unternehmen im Dienstleistungsgewerbe kaum verändert. Hier ist lediglich ein Rückgang von 48 auf 45 % der befragten Unternehmen zu verzeichnen. Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich der Zahl der Unternehmen, die in den kommenden sechs Monaten Investitionen planen von 62 % im Vorjahreszeitraum sogar auf 38 % verringert. In den anderen Branchen zeichnet sich eine ähnlich deutlich abnehmende Investitionsfreude im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ab. Im Bau- und Ausbaugewerbe planen noch 26 % der Unternehmen mit Investitionen in den kommenden sechs Monaten, im Vorjahreszeitraum waren es noch 46 % der Unternehmen. Im Handel sind es immerhin noch 38 % der Unternehmen (2023: 50 %).

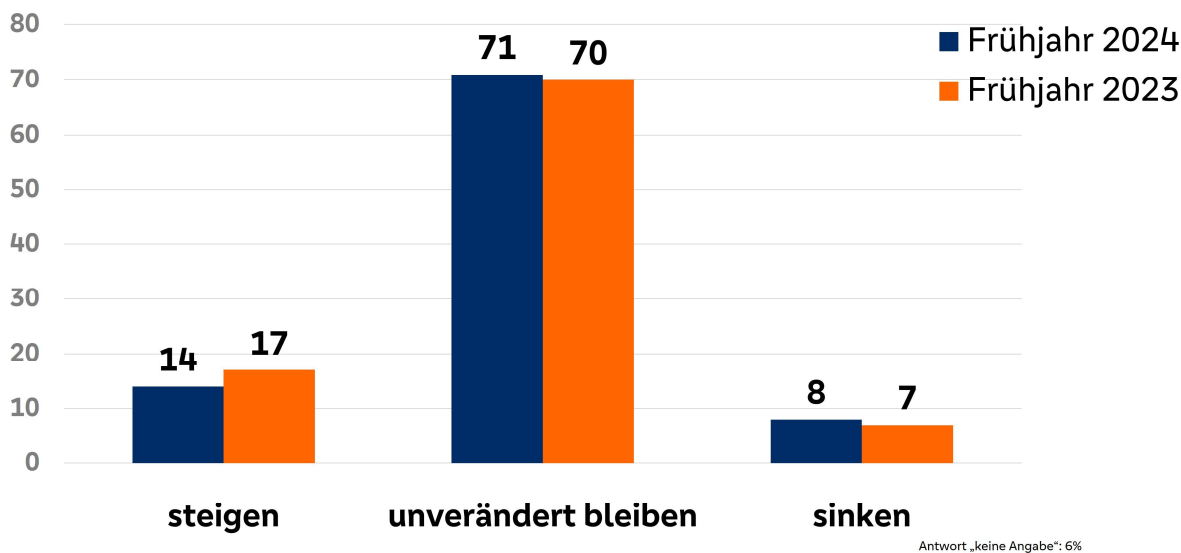
Dabei lässt sich erkennen, dass die Investitionsneigung mit der Größe des Unternehmens wächst. Nur 36 % der befragten kleineren Unternehmen mit maximal 20 Angestellten planen mit weiteren Investitionen, während es bei Unternehmen mit mehr 21 bis 50 Beschäftigten 44 %, bei Unternehmen mit 51 bis 100 Beschäftigten 67 % und bei Firmen mit mehr als 100 Beschäftigten immerhin 69 % sind, die weiter investieren wollen. Dabei planen rund 43 % der weiter investitionswilligen Befragten aller Wirtschaftsbereiche mit einer Erhöhung der Investitionssummen, 47 % mit gleichbleibenden Summen und nur 10 % mit geringeren Investitionssummen. Am geringsten fällt der Anteil der Unternehmen mit steigenden Investitionssummen im Bereich des Dienstleistungsgewerbes aus (28 %), am höchsten im Verarbeitenden Gewerbe mit 65 % der Investitionswilligen.

### **Konjunkturflaute am Arbeitsmarkt spürbar**

Die Bundesagentur für Arbeit berichtete Ende März von einem verhaltenen Auftakt der Frühjahrsbelegung in 2024: Mit der einsetzenden Frühjahrsbelegung ist die deutschlandweite Arbeitslosigkeit im März 2024 zwar um 45.000 auf 2.769.000 gesunken. Der Rückgang fiel in diesem Jahr aber vergleichsweise gering aus. Verglichen mit dem März des vorigen Jahres ist die

Arbeitslosenzahl um 176.000 höher. Die Arbeitslosenquote im März 2024 hat sich gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,3 auf 6 % erhöht. Die Wirtschaftsregion Ostwestfalen liegt hier laut IHK mit 6,3 % leicht über dem Schnitt. Der Kreis Herford liegt bei 6,1 %, der Kreis Mindener-Lübbecke bei 6,2 %.

### Beschäftigtenzahl wird in den nächsten 6 Monaten

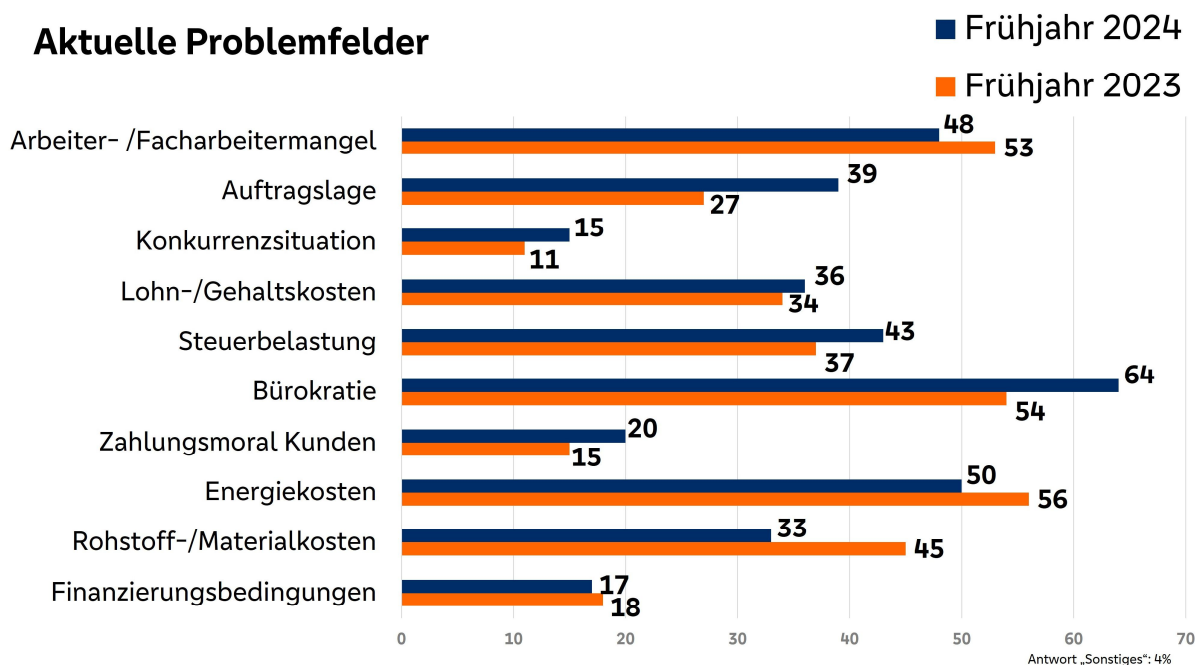


Üblicherweise sind die mittelständischen Unternehmen bei ihren Beschäftigungsplanungen vorsichtig. So lag der Anteil der zusätzliches Personal einstellenden Unternehmen im Geschäftsgebiet der Volksbank Herford-Mindener Land unseren Befragungen zufolge im vergangenen halben Jahr bei nur 11 % (2023: 14 %). 20 % der befragten Unternehmen hat zuletzt Stellen abgebaut (2023: 13 %). Spitzenreiter ist hier das Verarbeitende Gewerbe. Hier gab ein Drittel der Unternehmen an, den Personalbestand in den vergangenen sechs Monaten gesenkt zu haben. Die Gruppe der Unternehmen mit einer stabilen Beschäftigtenzahl bleibt mit einem Anteil von 66 % (2023: 68 %) dennoch die Bedeutendste. Vor allem innerhalb des Handels und des Dienstleistungsgewerbes hielten die meisten Unternehmen ihren Personalbestand konstant (73 %). Ein Anteil von 16 % der Handelsunternehmen haben sogar in den vergangenen sechs Monaten Personal aufgebaut. Im Baugewerbe waren es 14 %, im Verarbeitenden Gewerbe 11 %. Im Dienstleistungsgewerbe 9 %. 3 % der befragten Unternehmen machten keine Angaben zu Personalentwicklung der vergangenen sechs Monate.

Insgesamt 14 % aller befragten mittelständischen Unternehmen planen für das kommende halbe Jahr mit einem steigenden Personalbestand (2023: 17 %). Dabei planen 22 % der Befragten im Verarbeitenden Gewerbe mit einer Aufstockung des Personalbestands. Im Handel sind es nur 5 % der befragten Unternehmen. Insgesamt 71 % der Befragten (64 % im Verarbeitenden Gewerbe; 69 % im Bau- und Ausbaugewerbe, 72 % im Dienstleistungsgewerbe und 86 % im Handel) geht angesichts der aktuellen Rahmenbedingungen von unveränderten Personalzah-

len für die kommenden sechs Monate aus (2023: 70 %). 8 % planen mit sinkenden Beschäftigtenzahlen (2023: 7 %). 6 % der Befragten äußerten sich nicht zu ihren Personalplanungen.

## Aktuelle Problemfelder



### Bürokratie, Energiekosten und Fachkräftemangel größte Problemfelder

Wie bereits in den vorherigen Jahren gibt es drei Bereiche, welche die Unternehmen des Mittelstandes besonders belasten. Bei der Frage nach den wichtigsten Problemfeldern stechen der Arbeitskräfte- bzw. Facharbeitskräftemangel, die Energie- und Materialkosten und die Belastung durch die Bürokratie in unserer Umfrage heraus. Dabei fällt aber auf, dass die Belastung durch die Bürokratie gegenüber den Vorjahren in der Wahrnehmung der befragten Unternehmen deutlich zugenommen hat.

Insgesamt 64 % der Befragten benennen die Bürokratie als aktuelles Problemfeld – ein Anstieg um ganze 10 % (2023: 54 %). Zweitplatziert bei den genannten Problemfeldern sind in diesem Jahr die Energiekosten, die noch von 50 % der Unternehmen genannt werden (2023: 56 %). Wie im Vorjahr macht aber auch der Arbeiter- und Fachkräftemangel den Unternehmen zu schaffen. 48 % aller Befragten benennen diesen als eines der vordringlichsten Probleme (2023: 53 %). Darauf folgen die hohe Steuerbelastung (43 %), die Auftragslage (39 %) sowie Lohn- und Gehaltskosten (36 %). Seltener als Problemfeld genannt werden die Rohstoff-/Materialkosten (33 %), die Zahlungsmoral der Kunden (20 %), die Finanzierungsbedingungen (17 %), und die Konkurrenzsituation (15 %).

Im Bau- und Ausbaugewerbe sind es sogar 71 % der Unternehmen, die die Bürokratie als Problemfeld angeben. Damit weist diese Branche hier den höchsten Wert auf. Unter dem Arbeiter- bzw. Facharbeitermangel leiden insbesondere die Unternehmen im Dienstleistungsgewerbe

(57 % Nennungen) vor dem Verarbeitenden Gewerbe, wo 53 % dies als Problemfeld aufführen. Auch im Bereich der Energie ist diese Branche besonders betroffen (67 %). Den Handel bedrückt mit 57 % Nennungen in der Branche ebenfalls im besonderen Maße die Bürokratie, dicht gefolgt vom Fachkräftemangel und der Steuerbelastung (je 41 % Nennungen). Im Dienstleistungsgewerbe liegen Bürokratie (59 %) und Fachkräftemangel (57 %) als dringendste Problemfelder Kopf an Kopf.

Insgesamt ist festzustellen, dass keine Problemfeld in diesem Jahr so sehr heraussticht, wie die Belastungen durch eine überbordende Bürokratie, die den Energiekosten und dem Fachkräftemangel den Rang abgelaufen hat. Davon abgesehen werden deutlich mehr Problemfelder durch die befragten Unternehmen benannt. Das Problembewusstsein hat sich aufgrund der überlappenden Krisen der vergangenen Jahre also deutlich erweitert.

### **Ausblick: Steigende Löhne und sinkende Inflation als erste Signale für eine Konjunkturwende**

Der durch das Münchener Wirtschaftsforschungsinstitut ifo regelmäßig erstellte Geschäftsklimaindex hat sich im bisherigen Verlauf des Jahres 2024 leicht erholt. Einerseits bewerteten die deutschlandweit befragten Unternehmen ihre laufenden Geschäfte etwas positiver, außerdem ließ die Skepsis für die kommenden sechs Monate leicht nach. Insgesamt verbesserte sich der Geschäftsklimaindex in allen Wirtschaftsbereichen leicht, besonders im Dienstleistungsbereich hellte sich die Stimmung auf.

Parallel dazu hat sich auch das Konsumklima in Deutschland im April den dritten Monat infolge weiter verbessert, liegt jedoch noch immer unter dem Vor-Corona-Niveau. Zu diesem Ergebnis kam das Nürnberger Marktforschungsinstitut GfK. Die Einkommens- und Konjunkturerwartungen sowie die Anschaffungsneigung stiegen dementsprechend moderat. Der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) rechnet in seiner März-Ausgabe der verbandseigenen Veröffentlichung „Volkswirtschaft kompakt“ mit einem preisbereinigten Anstieg des privaten Verbrauchs 2024 von rund 1 Prozent zum Vorjahr. „Der private Verbrauch dürfte das Wirtschaftswachstum in Deutschland im Jahr 2024 erheblich stützen“, schätzt Dr. Andreas Bley, Chefvolkswirt des BVR, die Lage ein. „Getrieben wird der Konsum von der sinkenden Inflation bei gleichzeitig steigenden Einkommen. Dennoch wird die deutsche Volkswirtschaft im Jahresdurchschnitt stagnieren, da die Investitionen merklich zurückgehen und auch vom Außenhandel ein leicht negativer Wachstumsimpuls ausgeht“, so Bley.

Die jüngsten Anstiege des GfK Konsumklimas und des ifo Geschäftsklimaindexes wertet der Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken gleichzeitig als Signal für eine sich anbahnende Konjunkturwende. Angesichts der perspektivisch weiter nachlassenden Inflation, der vielfach kräftig steigenden Löhne und der robusten Arbeitsmarktlage dürfte der Privatkonsum dem zufolge zunehmend zum Wachstumsmotor werden. Für einen durchgreifenden Aufschwung müsste sich nun aber auch das Investitions- und das Außenwirtschaftsklima aufhellen. Vor diesem Hintergrund dürfte die Erholung weg von der hartnäckigen Wirtschaftsschwäche zunächst noch wenig Dynamik entfalten.

„Mehr Klarheit über den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs würde nicht nur zusätzliche Investitionen, sondern auch eine Stärkung des Konsums bewirken“, so BVR-Chefvolkswirt Andreas Bley weiter. Maßvoll steigende Löhne und Gehälter, die die Verteilungsspielräume berücksichtigten, könnten sich ebenfalls positiv auf den Verbrauch auswirken. Übermäßige Lohnsteigerungen hingegen würden zu weiteren Preiserhöhungen bei den betroffenen Unternehmen führen und so zu einer Verfestigung der Inflation beitragen. Auch ein schnellerer Rückgang der Inflation, der die Spielräume der EZB für Zinssenkungen erhöht, könne eine belebende Auswirkung auf die Konjunktur und die Einkommen haben.